

Berlin, 12.06.2006

Durch fiktive aber sehr reale Zahlenspiele wird ein Privatisierungszwang konstruiert!

Der neueste Privatisierungstrick der rot-roten-Koalition aus SPD und der so genannten Linkspartei.PDS ist eine Geschichte aus Absurdistan. Im Zusammenhang mit der Neukonzeption des Liegenschaftsfonds Berlin (Lifo), wurde beschlossen, dass sämtliche Immobilien, die sich im Finanzvermögen der Bezirke befinden, entweder an den Lifo abgegeben oder aber einem Fachvermögen der Bezirke zugeordnet werden. Seit Anfang des Jahres 2006 ist der klare Auftrag an den Lifo der Verkauf der Immobilien.

Für Gebäude im Fachvermögen der Bezirke berücksichtigt das Land Berlin seit neuestem so genannte budgetunwirksame oder kalkulatorische Kosten. Dahinter verbirgt sich, daß die Bezirke für ihre Gebäude eine Kapitalverzinsung bezahlen müssen. Als würden soziale Einrichtungen durch diese privatwirtschaftliche Kapitallogik nicht schon genug belastet, so treibt das Land Berlin den sozialen Ausverkauf allerdings auf die Spitze:

Die Kapitalverzinsung wird nicht anhand eines Verkehrs- oder Marktwertes berechnet, sondern nach dem „Wiederbeschaffungswert“ der Gebäude. Im Fall des Bethanien-Hauptgebäudes z.B. wird der Verkehrswert auf einen Betrag von 2,6 Mio. € bemessen, der Wiederbeschaffungswert wird allerdings mit einem Wert von 32. Mio. € veranschlagt.

Und auf diesen absurden Buchwert sollen die Bezirke nun Zinsen bezahlen.

Die Auswirkungen dieser absurden Berechnung der kalkulatorischen Kosten kann kurz und knapp formuliert werden:

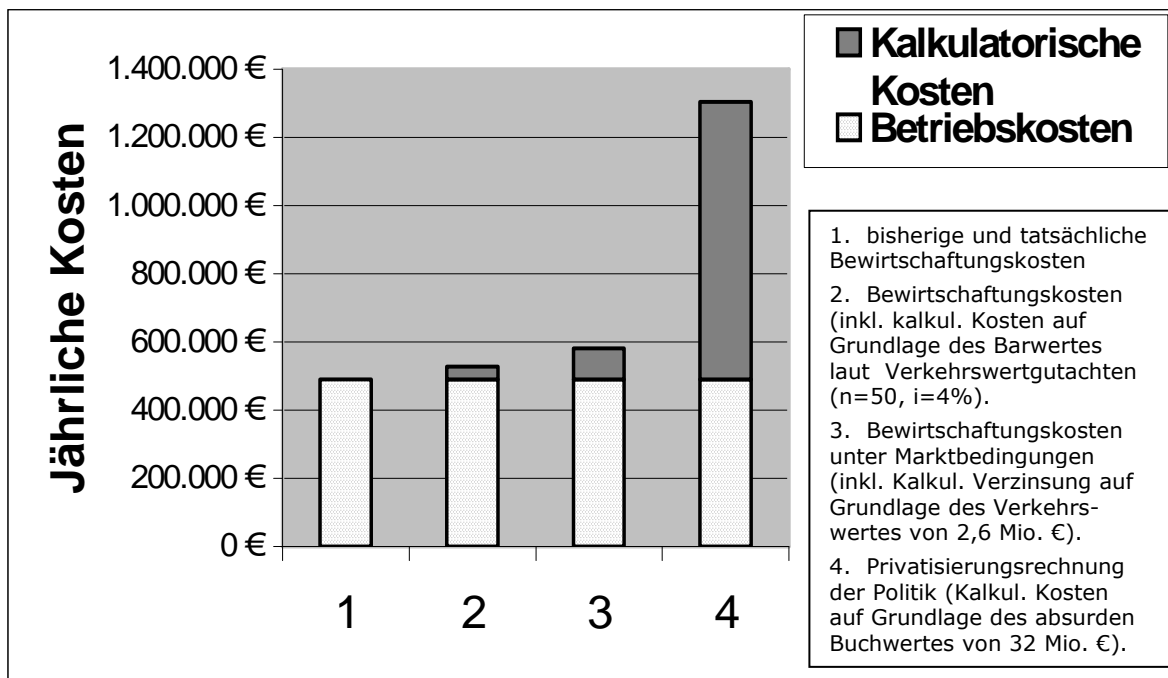
DIE ÖFFENTLICHE HAND KONSTRUIERT EINEN PRIVATISIERUNGSZWANG

Die Berücksichtigung der budgetunwirksamen Kosten auf Grundlage des Wiederbeschaffungswertes von Gebäuden führt dazu, daß die Anmietung fremder Gebäude immer wirtschaftlicher ist als die Nutzung eigener Gebäude. Diese müssen verkauft werden, obwohl sie - wie im Fall des Bethanien-Hauptgebäudes - einen positiven Ertragswert für den Bezirk hätten.

Die Absurdität kann an der folgenden Abbildung verdeutlicht werden.

Das Bethanien-Hauptgebäude verursacht reale Kosten (1) von unter 500.000 € jährlich, darin sind jegliche Bewirtschaftungs- und Instandhaltungskosten enthalten. Für einen privatwirtschaftlichen Betreiber (3) wäre das Bethanien inklusive einer Kapitalverzinsung für unter 600.000 € jährlich zu bewirtschaften. Der Bezirk (4) hingegen müsste fast 1,4 Mio. € jährlich dafür ausgeben. Stimmt da vielleicht etwas nicht?

Abbildung 1 Auswirkungen der Privatisierungsrechnung anhand des Bethanien-Hauptgebäudes



Quelle: BA Friedrichshain-Kreuzberg Kostenschätzung zum BürgerInnenbegehren 2005, BA Friedrichshain Kreuzberg Verkehrswertgutachten 2004, Eigene Berechnungen

Das Ergebnis des konstruierten systematischen Privatisierungszwangs lautet:

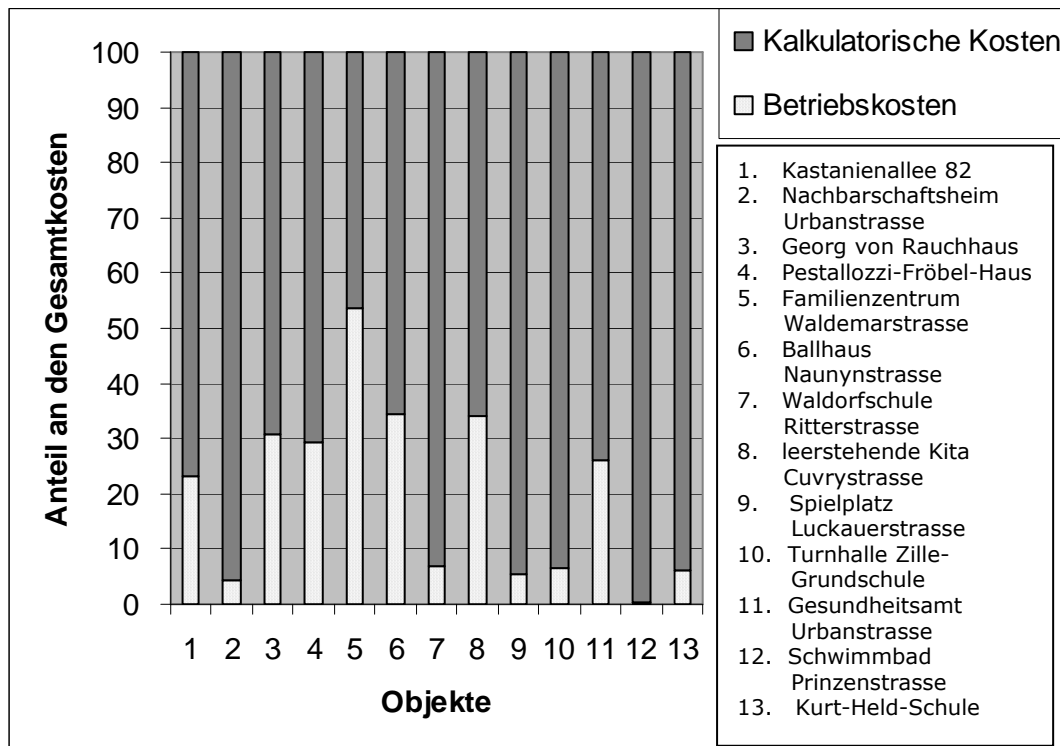
Die rote-rote Koalition konstruiert einen Privatisierungszwang, der eine Nutzung eigener Gebäude nicht mehr zulässt, obwohl diese wirtschaftlicher wäre. Hierbei ist das Bethanien-Hauptgebäude nur eines von vielen Beispielen in der Stadt.

Dieser bewusst und systematisch produzierte Privatisierungszwang betrifft alle Gebäude im Bezirksvermögen. Zur Zeit beratschlagen die Bezirksämter darüber, welche öffentlichen Gebäude sie abstoßen werden, und vernichten damit langfristig die Infrastruktur an öffentlichem Raum.

Dies betrifft Schulen, Jugendzentren, Spielplätze, öffentliche Verwaltungsgebäude und soziale Projekte jeglicher Art.

Die folgende Abbildung zeigt eine Auswahl der verantwortungslosen Abschlusliste der Politik.

Abbildung 2 Auswirkungen der kalkulatorischen Kosten anhand einiger Objekte



Quelle: BA Pankow, Steuerungsdienst Friedrichshain-Kreuzberg

Der durchschnittliche Anteil der budgetunwirksamen oder kalkulatorischen Kosten an den Gesamtkosten für die Objekte liegt bei etwa 70 Prozent - kein Wunder, daß der Ausverkauf Berlins ansteht. Dieser ist allerdings bewußt konstruiert, das Gerede von „Sozialer Stadt“ entpuppt sich als pure Heuchelei.

Der bewußt herbeigeführte Ausverkauf Berlins hat schon begonnen; so sind der Schulkomplex in der Kastanienallee 82, die "Villa Kreuzberg" oder die zeitweise besetzte Glogauer Strasse 16 dieser absurden Logik schon zum Opfer gefallen. Es warten berlinweit insgesamt weitere 8.000 Immobilien, die durch den Liegenschaftsfonds Berlin "vermarktet" werden sollen.

Die neuerliche Privatisierungsoffensive betrifft u.a.: den gesamten Bethanienkomplex, das Nachbarschaftsheim Urbanstrasse, das Kulturzentrum Bagatelle in Frohnau, sämtliche Schulen in Berlin (wie z.B. die Kurt-Held-Schule, die verkauft wurde), die Landschulheime wie z.B. im Bezirk Tempelhof-Schöneberg, am Wannensee und in Schwanenwerder, stadtweit alle Jugendclubs (wie z.B. der Lortzingclub in Lichtenrade) sowie letztendlich alle anderen bezirklichen Immobilien.

Das ist die konkrete Politik einer "linken" SPD/PDS-Privatisierungskoalition.

Doch Widerstand lohnt sich! So wurden sowohl im Fall des Bethanien-Hauptgebäudes als auch für das Kulturzentrum Bagatelle, mit Hilfe der Einreichung eines BürgerInnenbegehrens, der drohenden Verkauf gestoppt. Für das BürgerInnenbegehren zur Zukunft des Bethanien wurden ca. 14.000 Unterschriften gegen die Privatisierung beim Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg eingereicht. Seid solidarisch und kämpft gegen den Ausverkauf von öffentlichem Raum in Berlin, gegen die Privatisierungsoffensive des rot-roten Senats.